

14. II. 1917

Oesterreichs neue Wege.

Von Georg v. Luzacs, Wirklichem Geheimem Rat, Minister a. D., Reichstagsabgeordneter.

Das rasche Wiedererwachen der Lebensenergien Oesterreichs, dieses zurzeit bedeutendste Problem unsrer Monarchie, an die sich all die schwerwiegenden Veränderungen knüpfen, die teils bereits eingetreten, teils aber noch auf dem Wege sind, hat, wie dies ja in Zeiten radikaler Veränderungen stets der Fall zu sein pflegt, den gesamten Komplex, der ihrer Lösung harrenden Fragen aufs Tapet gebracht. Kaum einige Monate trennen uns von dem tragischen Hinscheiden des Grafen Stürgkh, und schon liegt eine Epoche dazwischen, in der die Bausteine für eine neue Entwicklungsphase Oesterreichs und gewissermaßen der ganzen Monarchie gelegt wurden. Stehen doch die Grundprobleme der beiden Staatswesen in einer derart engen und mannigfachen Verknüpfung, daß ihre Entwicklungstendenzen sich voneinander auf die Dauer nicht emanzipieren können.

Die Probleme, denen sich das Kabinett der „gesammelten Kräfte“ gegenübersteht, beherrschen teils seit Jahrzehnten das öffentliche Leben Oesterreichs, teils sind sie aber unmittelbar oder mittelbar durch den Krieg entstanden. Es sind daher nicht diese Probleme, die das neue Element in den politischen Verhältnissen Oesterreichs darstellen, sondern es ist dies der starke, unverkennbare und in allen Handlungen und Aeußerungen an den Tag tretende Wille der regierenden Kreise und des von ihnen erwählten Kabinetts, sich diesen Problemen höchst aktiv, zielbewußt und methodisch wirkend, leitend, schaffend und beeinflussend zu nähern.

Es scheint nun die Zeit vorüber zu sein, in der die österreichische Regierung ihre Aufgabe darin erblickte, womöglich alles beim alten zu lassen, von den Forderungen des Fortschrittes und den Notwendigkeiten der staatlichen Entwicklung abzusehen, die treibenden Kräfte der Geschichte zu paralytisieren. Manche Zeichen sprechen dafür, daß die neue österreichische Regierung nicht darin den wesentlichen Inhalt der Staatskunst erblickt wird, sich in endlose Verhandlungen über kleinliche Einzelfragen einzulassen, um Kompromisse zu erzielen, die ihr einen Modus vivendi bieten, eine Verlängerung ihres mühevollen Daseins ermöglichen.

Die neue Regierung gedenkt augenscheinlich einen andern Weg zu beschreiten. Eine durchgreifende innere Konzentration, die Dienstbarmachung aller brachliegenden Kräfte der staatlichen Entwicklung, die Heranziehung aller Volksstämme Oesterreichs zur Lösung der großen staatlichen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft ist ihre Devise. Die bedeutende Stärkung, die der Staatsgedanke in Oesterreich während des großen Krieges zweifelsohne erfuhr, soll nun in allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu der ihr gebührenden Geltung kommen. Die höheren Staatsnotwendigkeiten stehen in ihren sämtlichen Beziehungen hoch über den Sonderinteressen der Einzelnen, der Interessengruppen und der Völkerschaften, so mächtig diese auch sein mögen. Wenn Forderungen der Staatsnotwendigkeit auf dem Spiel stehen, sind Gegenargumente indistinkabel und Kompromisse unzulässig — alles muß ihnen weichen. Der große und grausame Lehrmeister, der Weltkrieg, hat diese Ideen zum Gemeingut der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Völker gemacht. Nur war diese große Mehrheit bisher zersplittert und eben dadurch zur Passivität verurteilt. Dem muß abgeholfen werden. Die vereinigten zentripetalen Kräfte müssen zusammengefaßt und in methodischem Zusammenwirken in den Dienst der staatlichen

Ziele gestellt werden — diese moralische Errungenschaft soll die neue Regierung für das Wohl und Gedeihen Oesterreichs verwerten.

Soll sich aber diese Konzentration der Kräfte durchsetzen, dann kann sie sich auf Macht und einseitige gewalttätige Unterdrückung nicht stützen. Die Völker Oesterreichs können nur dann in einem Lager bleiben, wenn die freiwillige Kooperation freier Parteien die Grundlage bietet. Neben dem höheren Staatsgedanken muß daher noch ein anderer Gedanke seinen richtigen Platz finden — die Idee des Völkerstaates. Ein Völkerstaat, in dem es keine unterdrückenden und unterdrückten Rassen und Gemeinschaften gibt, in dem alle Völker im friedlichen Zusammenarbeiten ihre Kräfte, ihre Tugenden — denn jedes Volk besitzt solche, wenn es sich frei entwickelt — und ihre besonderen Fähigkeiten ungestört und unbehindert zu entfalten vermögen. Oesterreich hat auf diesem Wege wichtige Fortschritte gemacht und kann auf diese stolz zurückschauen. Nun heißt es, den begonnenen Weg weiter zu beschreiten. Die Wiederherstellung des seit beinahe drei Jahren ruhenden Verfassungslebens ist eine Aufgabe, die sich auch aus dem Gedanken des freien Zusammenarbeitens der Völker ableiten läßt. Sie muß auch unter den Bestrebungen der neuen Regierung, deren Chef sie ja bereits längst befristet hat, eine vornehmte Stelle erhalten. Aber auch diese Frage schiebt wieder das Nationalitätenproblem in den Vordergrund. Was soll mit den Deutschen in Oesterreich geschehen? Sollen sie, müssen sie die Staatsnation werden, wie es die Magyaren in Ungarn sind? Bei dieser Frage muß vor allem eine notwendige und wichtige Distinktion betont werden. Die Frage der deutschen Staats- oder Vermittlungssprache und die Frage der Geltung des Deutschtums in Oesterreich sind zwei besondere Fragen, die streng voneinander unterschieden werden müssen. Die deutsche Staatsprache ist eine Frage der staatlichen Notwendigkeit und ist ausschließlich in dieser Eigenschaft zu beurteilen. Die „deutsche Frage“ in ihren übrigen Beziehungen muß, wenn der Gedanke der freien Kooperation der Völker zur Wirklichkeit werden soll, nach analogen Gesichtspunkten wie die übrigen nationalen Probleme ihre Lösung finden. In diesem Sinne dürfte es heißen, daß dem Deutschtum in Oesterreich die Rolle eingeräumt werde, die ihm kraft seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung gebührt. Dem Deutschtum weniger zu gewähren, wäre gleichbedeutend damit, ihm Rechte abzuspochen, die jede Nation und jedes Volk zu fordern berechtigt ist. Das neue Kabinett, das die Vertreter der großen Völker Oesterreichs in seinem Schoß vereinigt, scheint schon mit seiner Zusammensetzung dafür zu bürgen, daß es dieses Prinzip eingedenk sein wird. Sie muß und wird auch der hohen Bedeutung des Deutschtums Rechnung tragen, wird aber dabei auch dieselbe andere Völker nicht verkennen.

Ich denke dabei vorerst an das zweitgrößte, auch wirtschaftlich und kulturell hochentwickelte österreichische Volk: die Tschechen. Im Lichte der neueren Entwicklung hat es sich hinlänglich gezeigt, wie ungerecht die Verallgemeinerungen davor waren, die aus gewissen, insbesondere am Anfang des Krieges häufiger an das Tageslicht getretenen peinlichen Erscheinungen auf die Gesinnung des gesamten tschechischen Volkes Folgerungen zogen. Solange die große Mehrzahl der Tschechen loyal gesinnt ist, und wir können es annehmen, daß gegenwärtig dies der Fall ist, heißt ein Regieren gegen die Tschechen, die

völlige Verkennung der historischen Mission Oesterreichs. Es steht allerdings fest, daß die Lösung des tschechischen Problems nicht einzig und allein von der zentralen Regierung und von den Deutschen abhängt, sondern auch das Verhalten der Tschechen dabei eine bedeutende Rolle spielt. Aber auch in diesem Belang sind gewisse Verschiebungen wahrzunehmen. In den letzten Jahren sind in der Gedankenwelt des tschechischen Volkes bedeutende Wandlungen eingetreten, und das aufrichtige Vertrauen, das ein großer Teil des tschechischen Volkes der neuen Regierung aus mehrfachen Gründen entgegenbringt, bildet einen Grund für die Annahme, daß sich diese bei der Lösung dieser Frage in günstigerer Lage befinden wird als ihre Vorgänger.

Nun ist zu den alten Nationalitätenproblemen eine neue Frage getreten: die Sonderstellung Galiziens. Ueber die Einzelheiten der Absichten der Regierung in dieser Richtung wurden der Öffentlichkeit bloß sehr spärliche Mitteilungen gemacht, es wäre somit verfrüht, zu dieser Frage schon jetzt Stellung zu nehmen. Allerdings ist dies ein noch komplizierteres Problem, da doch bei dessen Lösung neben den rein innerpolitischen Gesichtspunkten auch Erwägungen der auswärtigen Politik in weitem Umfange berücksichtigt werden müssen.

Ähnliches gilt von der südslawischen Frage, bei deren Lösung auch noch den besonderen, teils ziemlich schwierigen Verhältnissen in Ungarn Rechnung getragen werden muß.

Was die Wirtschaftspolitik anlangt, steht die neue Regierung einstweilen den großen Aufgaben der Kriegswirtschaft gegenüber. Die raschen und energischen Wandlungen, die auf dem Gebiete der Ernährungs- und Wirtschaftspolitik erfolgt sind, die Schaffung des von der österreichischen Bevölkerung bereits seit so langer Zeit verlangten Ministeriums für Volksernährung, ferner der Umstand, daß auch die Posten der übrigen wirtschaftlichen Ressortminister von hervorragenden Fachleuten besetzt werden, lassen die Hoffnungen, die sich auch diesbezüglich an die Tätigkeit des neuen Ministeriums knüpfen, als berechtigt erscheinen.

Wir kommen nun zum Verhältnis zu Ungarn. Darüber wurde seitens der Regierung bisher wenig verlautbart. Doch steht es unsres Erachtens unbedingt außer Zweifel, daß ihr sämtliche Richtlinien ihres Programms ein enges und freundschaftliches Zusammenarbeiten mit Ungarn vorschreiben. Die großzügige Konzentration der Kräfte, die sie andahnt, darf an der österreichischen Grenze nicht haltmachen, sie muß vielmehr auch das Verhältnis der beiden Staaten beherrschen. Wir wollen dies um so mehr erhoffen, als wir darin nicht nur Oesterreichs, sondern auch Ungarns Lebensinteresse erblicken. Es muß dabei allerdings ein höheres Maß von gegenseitigem Vertrauen, Billigkeit und Aufrichtigkeit an den Tag gelegt werden als bisher.

Ein großes Oesterreich, das groß ist durch die Zusammenfassung aller Kräfte — das ist jetzt das Programm der österreichischen Patrioten. Lassen sie sich von imperialistischen Tendenzen leiten? Man kann das Imperialismus nennen, doch ist das ein friedlicher Imperialismus. Der österreichische Völkerstaat bereitet sich für die richtige Erfüllung seiner Mission, zur erzieherischen, durch Kultur und freies, friedliches Zusammenarbeiten gewinnenden Durchdringung vor.

Die Wiener Politik steht wieder einmal im Zeichen der Großzügigkeit. Auch wir Ungarn werden an unsrer oft kleinlichen, teils veralteten, von den modernen sozialpolitischen Anschauungen minder durchdrungenen, ja in gewissen Beziehungen fast reaktionären Politik im Ringen großer Kräfte, die alles um uns vorwärts drängen, nicht mehr festhalten können, denn das heißt, uns beruht gegen die treibenden Kräfte der geschichtlichen Entwicklung zur Wehr zu setzen. Das könnte aber auf unsre nationale Zukunft verhängnisvoll wirken.

Noch ist es nicht zu spät, den richtigen Weg zu betreten — eine bessere Gelegenheit wurde dazu selten geboten. Die Aufgabe ist schwierig, erfordert volle Aufrichtigkeit, klares Urteil, unbergfame Energie und ein vorurteilsloses Billigkeitsgefühl, an dem es hierzulande bisher vielfach gemangelt hat. Der Weg aber muß doch gefunden werden — denn nur er kann unsre nationale Zukunft im Zeichen des kulturellen und sozialen Fortschrittes sichern.